Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Soziales,
Gesundheit und Integration vom 12. September 2024
– Drucksache 17/7429**

**Information über Staatsvertragsentwürfe;
hier: Staatsvertrag über die Aufgabenerfüllung nach dem
Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) und damit
über die Errichtung einer Stelle zur Marktüberwa-
chung der Länder über die Barrierefreiheit von Produk-
ten und Dienstleistungen (BFSG-Staatsvertrag)**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration vom 12. September 2024 – Drucksache 17/7429 – Kenntnis zu nehmen.

25.9.2024

Die Berichterstatterin:	Die stellv. Vorsitzende
Dorothea Kliche-Behnke	Fadime Tuncer

Bericht

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration beriet die Mitteilung Drucksache 17/7429 in seiner 39. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand, am 25. September 2024.

Die Ministerialdirektorin im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration legte dar, mit der vorliegenden Mitteilung informiere das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration über den Entwurf eines Staatsvertrags über die Aufgabenerfüllung nach dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz und damit über die Errichtung einer Stelle zur Marktüberwachung der Länder über die Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen. Das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz regle in Zukunft Pflichten der Wirtschaftsakteure sowie Anforderungen an die Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen in der Zukunft. Am 28. Juni 2025 würden diese Regelungen final in Kraft treten. Das Vorhaben gehe zurück auf die EU-Richtlinie 2019/882. Die Länder hätten damit die Aufgabe, mit ihren Marktüberwachungsbehörden sicherzustellen, dass entsprechende Produkte barrierefrei seien.

Ausgegeben: 9.10.2024

1

Die Bundesländer hätten sich über die Struktur ausgetauscht und seien zu dem Schluss gekommen, die Expertise zu bündeln. Sie hätten sich darauf verständigt, einen Staatsvertrag vorzubereiten. Der Minister für Soziales, Gesundheit und Integration sei in Vertretung des Ministerpräsidenten beauftragt, diesen zu unterzeichnen. Der Landtag solle darüber in der Mitteilung unterrichtet werden. Geplant sei die Errichtung einer gemeinsamen Marktüberwachungsbehörde in Sachsen-Anhalt. Der Staatsvertrag werde dem Parlament mit einem Zustimmungsgesetz vorgelegt.

Ein Abgeordneter der Grünen brachte vor, ihn freue die Operationalisierung, die effizient und gut koordiniert sei und die Bürger- und Bürgerinnenrechte von Betroffenen in einer intelligenten Art und Weise organisiere. Es werde so etwas wie ein Beschwerdemanagement geben und eine Adresse für Verbandsklagen, falls dies notwendig werde. Die effiziente und transparente Aufstellung trage dazu bei, dass das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz in der Summe ein Erfolg werde und eine echte Erleichterung für Menschen, die auf barrierefreie Angebote angewiesen seien.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP erklärte, bei der Einsetzung einer Marktüberwachungsbehörde werde reflexhaft Bürokratieaufbau gerufen. Der Sinn und Zweck dieser Einrichtung solle tatsächlich Effizienzgewinn sein. Ihn interessiere, ob es bereits konkrete Konzepte gebe, wie die Produkte und Dienstleistungen geprüft würden und gewährleistet werde, dass davon kleinere Unternehmen profitieren. Auch wolle er wissen, inwieweit Ansprechpartner vor Ort zugänglich seien. Er stimme dem Vorhaben zu. Bürokratie solle nicht zunehmen. Im kommenden Jahr würden dafür 700 000 € und ab 2026 1,2 Millionen € aufgewandt. Daher bedürfe es frühzeitiger Gedanken über das Thema. Das Ziel dürfe dabei nicht aus den Augen verloren gehen. Alle hätten ein Interesse an barrierefreien Produkten.

Die Ministerialdirektorin im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration antwortete, auch die Landesregierung verfolge das Ziel, dass die Umsetzung des Gesetzes so bürokratiearm wie möglich erfolge. In Baden-Württemberg gebe es eine Marktüberwachung. Den Bereich der barrierefreien Produkte halte sie für ein so spezielles Gebiet, dass es sinnvoll sei, den Sachverstand an einer Stelle aufzubauen.

Ein Vertreter des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration ergänzte, bei dem Thema stehe das Land noch relativ am Anfang. Zunächst hätte geklärt werden müssen, ob Sachsen-Anhalt die Aufgabe übernehme. Im nächsten Schritt gelte es, die Staatsverträge zu ratifizieren. Es müsse ein Durchführungskonzept und eine Strategie aufgestellt und das entsprechende Personal rekrutiert werden. Er gehe davon aus, dass nicht alle Mitarbeitenden in Sachsen-Anhalt ressortierten, sondern dass auch digitale Kommunikationswege beschritten würden. Er halte es für wenig sinnvoll, dass in jedem Bundesland jemand für das Thema „sitze“; damit wäre der Effekt einer zentralen Stelle nicht gewährleistet.

Die Marktüberwachung gehe mit Kontrollen und beratenden Elementen einher. Ein in sich schlüssiges System müsse zunächst aufgebaut werden. Bereits andere Marktüberwachungsbehörden entwickelten immer wieder Prüfkonzepte. Diese Aufgabe werde eine der ersten der neuen Einrichtung sein.

Der Abgeordnete der FDP/DVP äußerte, er bitte darum, dass im April oder Mai nächsten Jahres, wenn die Strukturen feststünden, erneut über das Thema berichtet werde.

Die Ministerialdirektorin im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration sagte dies zu.

Der Ausschuss beschloss ohne förmliche Abstimmung, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen.

8.10.2024

Dr. Kliche-Behnke